

Kupfenhandel Chinas in Wirklichkeit ein recht unbedeutender, und weit entfernt, ein so glänzendes Absatzgebiet für europäische Produkte zu sein, ist China vielmehr auf dem besten Wege, sich zum Konkurrenten für europäische Produkte auf außerchinesischen Märkten zu entwickeln — Dank seiner „ungeheuren Produktionskraft“. In Hinterindien verdrängt schon jetzt der „sehr intelligente“ chinesische Kaufmann den Europäer, wie der chinesische Arbeiter — dessen „Rührigkeit und Bienenfleiß“ Herr Decker nicht genug rühmen kann — überall, wo er hin kommt, den europäischen Arbeiter verdrängt.

Der größte Theil der europäischen Kaufmannshäuser in Ostasien, schreibt Herr E. Böller, ein Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung“, „ist in den letzten Jahren der chinesischen Konkurrenz zum Opfer gefallen — darunter nicht wenige Deutsche.“

Wie auf allen anderen Plätzen des Weltmarktes, so herrscht auch auf den ostasiatischen und australischen Märkten eine wahrhaft wahnwitzige Konkurrenz. Eine Nation strebt danach, die andere zu unterbieten, und dieser Unterbietungsprozess soll durch die neuen subventionirten Dampferlinien deutscherseits noch gefördert werden.

Aber man bilde sich nicht ein, daß damit etwa viel für die deutsche Industrie erreicht würde. Die konkurrierenden Nationen werden keinesfalls ruhige Zuschauer bleiben; auch sie werden durch alle möglichen Randoer ihre Produkte noch billiger auf den Markt zu werfen suchen als bisher — und der Tanz kann von Neuem beginnen.

Das Ende vom Liede heißt natürlich immer: Ueberproduktion — Lohnreduktion.

Als Sozialisten sind wir sicherlich keine Gegner eines friedlichen Handelsverkehrs unter den verschiedenen Nationen und können es nur mit Freuden begrüßen, wenn sich die Völker durch lebhafteren Verkehr immer näher rücken; aber damit ist nicht gesagt, daß wir der wahnwitzigen Art, wie heute der Laufhändler betrieben wird, der kolossalen Verschwendung von Produkten, nur um zu tauschen, kritisches zu sehen, den Lebensarten der interessirten Bourgeoisie unbefehenen Glauben schenken sollen.

Die Dampfersubvention, wie Bismarck sie vorgeschlagen, ist keineswegs dem Bestreben entsprungen, Produktion und Konsumtion in irgend einer Weise zu regeln. Warum sollen die Dampfer subventionirt werden? Damit sie auf Rückwärts leichter verzichten können, denn die Rückwärts von Indien und Australien heißt Wolle, Fleisch, Reis, Getreide — Alles Gegenstände, deren Import den preussischen Junkern nicht in den Kram paßt.

Das ist der Kasus. Die Dampfersubvention steht im engen Kontakt zu der deutschen Schutzpolitik, ist gewissermaßen eine Ergänzung derselben. Und gleich dieser wird sie, wie gesagt, wenn überhaupt, nur einen höchst ungesunden Einfluß auf die Vermehrung der Produktion ausüben, der ein um so stärkerer Rückschlag folgen muß.

Es klingt sehr schön: Schutz und Beförderung der nationalen Arbeit. Aber die Rehrseite dieses „Schutzes“ heißt Verschlechterung der Lage der internationalen Arbeit, und wie problematisch der Schutz auch sein mag, die Verschlechterung ist eingetreten, inner- und außerhalb des Landes der Schutzpölle.

Darum noch einmal: wo die interessirte Bourgeoisie immer nur die glänzende Rehrseite sieht, haben wir Sozialisten die Pflicht, auch die Rehrseite der Medaille in's Auge zu fassen.

Aus Polen.

Warschau, Mitte Juni 1884.

Sie haben lange nichts über die sozialistische Bewegung in Polen oder besser unter den Polen gebracht, gehalten Sie mir daher, Ihnen einiges Wissenswerthe über den Stand derselben mitzutheilen.

Die polnische sozialistische Bewegung, welche seit dem Jahre 1878 datirt, trat — dies sei zunächst konstatirt — von vornherein mit einem durchaus internationalen Programm auf. Alle Versuche, sie mit nationalen Tendenzen zu verquiden, verunglückten; seit dem Frühjahr 1883 hat die internationale Richtung die Oberhand: eine Partei mit gemeinsamer, stark zentralisirter Organisation, ein Zentralkomitee an der Spitze, organisiert sich in Warschau, die Agitation nimmt einen kräftigen Aufschwung und ihr Einfluß dokumentirt sich durch eine lebhaftere Bewegung in der arbeitenden Klasse. Eine geheime Druckerei wird gegründet, aus der eine Reihe von Anstufen, den Bedürfnissen des Augenblicks entsprechend, herausgegeben. Am 15. September 1883 erscheint die erste Nummer des Parteiorgans „Das Proletariat“.

Vergänglich wird die ganze Polizei aufgehoben, die geheime Druckerei zu ermitteln, vergeblich werden wiederholt Massenverhaftungen in Aussicht, welche die Partei ihrer besten Kämpfer berauben — die gelichteten Reihen werden bald ergänzt, und ungeachtet aller Verfolgungen erscheint das Organ weiter.

Jetzt liegt bereits die Nummer 5 des „Proletariat“ vor, datirt vom 1. März 1884. Sie besteht aus 18 Seiten Groß-Quart-Format, ist für eine geheime Druckerei sehr sorgfältig gedruckt und hat folgenden Inhalt:

Obenan nachstehende Erklärung des Zentralkomitees:

„Vor Kurzem wurden mehrere Personen verhaftet unter der Anklage (national) patriotischer Tendenzen. Die öffentliche Meinung verbindet die Verhaftung mit einer That verbrecherischen Charakters und gewisse Leute wollen die That in Beziehung zu der Thätigkeit des „Proletariat“ gebracht sehen.“

„Wir achten unsere Fahne zu hoch, um nicht eine solche Beschuldigung energisch zurückzuweisen.“

„Wir erklären, daß unser Charakter als Kämpfer für die Arbeiterfrage in keiner Weise verträglich ist mit Konspirationen patriotischer Natur.“

„Wir erklären außerdem, daß unersetzlich Gewaltakte nur als Mittel der Bestrafung für Schädigungen der Volkssache, begangen von Feinden, die sich in offenem Kampfe mit uns befinden, ausgeführt werden.“

Das Zentralkomitee.

Alsdann folgt ein Leitartikel; dann ein Artikel: „Die Regierung und wir“, in welchem die Partei erklärt, daß sie in der Regierung nur den Ausdruck der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation erblickt; da indeß die Regierung auch gleichzeitig das organisierte Zentrum des ganzen sozialen Mechanismus ist, so kämpft die Partei gegen dieses Zentrum, um es zu desorganisiren. — Eine Chronik über die Lage der Arbeiter im Königreich Polen enthält eine Fülle von Mittheilungen über unsere Arbeitsverhältnisse.

Die Chronik der Verfolgungen verzeichnet 37 Verhaftungen und zahlreiche Hausdurchsuchungen.

Den Schluß machen Korrespondenzen aus verschiedenen Ländern, darunter auch eine aus Deutschland.

Gleichzeitig während das „Proletariat“ im Lande selbst erscheint, besitzt die Partei zwei weitere Organe im Auslande. Eine Monatszeitschrift „Maffa Klas“ (Klassenkampf), deren erste Nummer im Mai erschienen ist. Dieselbe enthält u. A. Artikel über die Organisation und die aus dem intellektuellen Proletariat rekrutirten revolutionären Elemente, über „Nationalität und Klassenkampf“, über „die Entwicklung und den Charakter der Bourgeoisie-Ökonomie“ von der Bürgerin Bonarowska, und einen Artikel des ehemaligen Kommunistenlesbes Lesfrancsais, betitelt: „Versuch eines sozialen Durchführungssystems“. Alsdann eine Rundschau aus den drei Theilen Polens, sowie eine Chronik über die sozialistische Bewegung in Frankreich und Deutschland.

Das zweite Organ der Partei im Auslande ist der „Przedswit“ (Vorgewitter), der den Zweck hat, die Lehren des Sozialismus populär darzustellen.

Des Weiteren sende ich Ihnen eine Proklamation, die in polnischer und deutscher Sprache (in Glogerz, einem industriellen Bezirke von Lodz, gibt es unter den Arbeitern viele Deutsche) abgefaßt ist und als Beitrag zur Charakteristik des Kampfes der Sozialisten in Rußisch-Polen dienen mag.

„In Anbacht dessen, daß das Zentralkomitee untüchtige Beweise hat, daß Franz Hefcher, Mitglied der Partei „Proletariat“ in Glogerz (Rußisch-Polen), ohne die geringsten Gründe zu haben, welche ihn ent-

schuldigen könnten, Denunziant wurde, beschloß das Zentralkomitee am 28. Mai d. J.:

- 1) um Franz Hefcher unerschädlich für die Organisation zu machen,
- 2) um denselben für Verrath zu strafen:
 - a) den genannten Franz Hefcher zum Tode zu verurtheilen;
 - b) mit der Vollstreckung des Urtheils das Arbeiterkomitee in Glogerz zu beauftragen.

Warschau, 28. Mai 1883.

Dieses Urtheil wurde am 6. Juni d. J. vollstreckt.
Das Zentralkomitee.

Proklamation:

Genossen!

Eine traurige Nachricht theilen wir Euch mit. Wir waren gezwungen, obgleich mit Eifer, uns mit dem Blute unseres Kameraden Franz Hefcher, eines Mitgliedes der Organisation in Glogerz, zu besetzen, mit Eifer, wiederholen wir, denn wir sind noch nicht, wie die Regierung bei uns, an gräßliches Blutergießen gewöhnt.

Hefcher besaß nicht genug moralische Kraft, um sich den verschiedenen Einflüssen zu widersetzen. Er stellte sein persönliches Interesse über das allgemeine Wohl; er bemühte sich, einige Arbeiter in sein Gefängniß zu stürzen, und drohte, daß er noch Manchen hinter Schloß und Riegel setzen werde. Wir hatten also zu wählen: entweder einige Genossen zu verlieren oder Hefcher unerschädlich zu machen. Wir wählten das Letztere, und so erzielte Hefcher der Tod, der jeden Verräther treffen soll und muß. Wer den Kampfplatz betritt, weiß recht gut, daß ihm jeden Augenblick die Festung oder die schneebedeckten Flächen Sibiriens drohen. Wer nicht Kraft genug besitzt, um den Kampf auf Leben und Tod auszukämpfen, bleibe lieber bei Seite, denn besser ist es, wir seien schwächer an Zahl, als daß wir Verräther in unserer Mitte hegen.

Mag also Jeder dessen eingedenk sein, daß den Verräther, welche Gründe auch immer ihn zum Verräth bewegen mögen, ob Angst oder persönliches Interesse, Verräther im Gefängniß oder in der Freiheit, unumgänglich der Tod erwartet.

Das Zentralkomitee.

Ein Kommentar zu dieser Proklamation ist wohl unnöthig. Was darüber zu sagen ist, steht darin. Es ist nicht Schuld der polnischen Sozialisten, daß ihr Kampf eine solche Form zur Schau trägt.

In meinem nächsten Briefe mehr. Mit sozialdemokratischem Gruß! B. W.-i.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 2. Juli 1884.

— Da der Unfug der Vielkandidaturen fortbauert — wie aus den Kandidatenlisten erhellt —, so werden die Parteigenossen nochmals auf den Kopenhagener Kongressbeschluss hingewiesen, wonach bei Aufstellung von Kandidaten hauptsächlich lokale Kandidaten berücksichtigt und Vielkandidaturen möglichst vermieden werden sollen. Finden die Genossen keinen geeigneten Lokalkandidaten und wollen sie ihnen bekannte, auswärtige Genossen aufstellen, so ist es wünschenswerth, daß sie sich vor der endgültigen Aufstellung mit der Parteivertretung (nicht einem einzelnen Abgeordneten) in Verbindung setzen. Wir glauben aber, daß geeignete Personen in genügender Zahl zu finden sind und daß, außer in den seltensten Fällen, nirgends die Nothwendigkeit obliegt, einem Genossen, der bereits eine ansichts-volle Kandidatur hat, andere Kandidaturen zu übertragen.

— Ueber Elberfeld. Varmen schreibt der „Kleine“ — so berichtet die in dieser Beziehung stets sehr freigelegte nationalsozialistische Presse. Die sozialdemokratische Agitation soll im Wuppertale in letzter Zeit einen wahrhaft gefährlichen Umfang angenommen haben — ein klaffendes Jeugniß für die Thätigkeit unserer dortigen Genossen und die — Wirklichkeit des Sozialistengesetzes.

Ob nun in den maßgebenden Kreisen die edle Absicht wirklich besteht oder ob die Noth nur erst ein Fühler war, wird sich ja bald zeigen. Für erstere Lesart spricht die Dirigirung des bekannten Dynamitagenten nach Elberfeld, sowie die Provolation unserer dortigen Genossen durch die Elberfelder Polizei. Man will, wie es scheint, gerne einen kleinen „Aufschr“ haben. Anders läßt sich wenigstens das Verhalten der Polizei bei einem Ausflug unserer Genossen nach dem Langenhans bei Ronsdorf nicht erklären. Unsere Leser werden darüber aus der Tagespresse unterrichtet sein. Wir behalten uns vor, darauf zurückzukommen, konstatiren aber vorläufig, daß, wenn es am 22. Juni nicht zum Aufruhr kam — die Polizei hatte bereits bei den Lüttringhauser Arbeitervereinen um Sulkurs requirirt! — dies nach den Berichten der unabhängigen Presse nur der ruhigen Haltung der Arbeiter zuzuschreiben ist.

In welcher Weise die Polizei provokirte, dafür eine Stelle aus dem Bericht der Berliner „Volkzeitung“:

„Bei der Ankunft in Elberfeld kam es zu neuen stürmischen Auftritten. Die Polizei verlangte, daß die Theilnehmer an der Partie einzeln gehen sollten, welchem Begehren, da es ein Ding der Unmöglichkeit war — es waren gegen 1000 Personen! —, nicht Folge geleistet wurde. Die britischen Schutzleute sprengten nun in die dichtesten Haufen hinein, wobei verschiedene Personen überritten wurden.“

In der That, es gehört eine starke Portion deutscher Geduld dazu, bei solchen Nichtswürdigkeiten nicht dreinschlagen. Fürcht war es nicht, das haben unsere wackeren Genossen mehr als einmal bewiesen, und auch die Drohung mit dem „Kleinen“ wird sie nicht zurückhalten, das zu thun, was sie für recht und zweckmäßig erachten. Mit der Polizei werden sie abrechnen, wenn es ihnen paßt; die Antwort auf den „Kleinen“ aber wird dieselbe wie die unserer Hamburger Genossen sein: die Eroberung des Wahlkreises.

— Fortschrittlich-volksparteiliche Gesinnungstüchtigkeit. Die Herren Seppold Sonnemann und Eugen Richter sind sich zwar neuerdings recht hübsch in die Haare gerathen, allein das sind bloß rein persönliche Differenzen — im Grunde des Herzens sind die beiden Herren noch den hinter ihnen stehenden oder von ihnen angeführten „Parteien“ ein Herz und eine Seele, wo es gilt, jedem ernsthaften Versuch zur Bekämpfung des herrschenden Systems in den Weg zu treten.

Das zeigte sich dieser Tage wieder recht deutlich. Unseren Lesern ist die Affaire Bulgjin bekannt; sie wissen, daß ein Russe, der auf deutschem Boden (in Freiburg in Baden) betreten werden konnte, von den habsburgischen Behörden an die russische Regierung ausgeliefert wurde.

Um diesen Akt der Niedertracht, bei welchem der Freiburger Staatsanwalt von Berg eine hervorragende Rolle gespielt hat, gebührend zu kennzeichnen, dem beleidigten Rechtsgefühl die einzige noch mögliche Vengung zu verschaffen und die Unschuld des deutschen Volkes an der Injanie einer deutschen Regierung zu beweisen, wollten die Abgeordneten Liebknecht und Bollmar Kamens der sozialdemokratischen Fraktion eine Interpellation, betreffend diesen schmachvollen Vorgang, an die Reichsregierung richten. Zu einer Interpellation gehören aber nach der Geschäftsordnung des Reichstages dreifig Unterschriften. Um diese zu erlangen, wandte man sich an die Fortschrittspartei (die „Deutsch-Freimüthigen“) und die Volkspartei, und unterbreitete folgenden Entwurf der Interpellation:

„Im Laufe des Monats März d. J. wurde der russische Staatsangehörige Bulgjin in Freiburg im Breisgau unter der Anklage der Verbreitung verbotener Schriften verhaftet. Nach längerer Untersuchung wurde er vom zuständigen Landgericht außer Verfolgung gesetzt.“

Unmittelbar darauf wurde Bulgjin jedoch (im letzten Drittel des Monats Mai) im Geseheimen und ohne daß weder an seine Frau noch auch selbst an seinen Rechtsanwalt Mittheilung erfolgt wäre, an die russische Regierung ausgeliefert.

Diese Auslieferung erfolgte, trotzdem Baden keinen Auslieferungsvertrag mit Rußland besitzt, und auf die einfache Angeberei eines russischen Beamten hin, daß Bulgjin vor Jahren in Rußland ein

Verbrechen begangen habe, welches indeß, auch nach den Angaben dieses Beamten, auf politische Beweggründe zurückzuführen ist. Die Identität des Ausgelieferten mit dem Urheber jenes angeblichen Verbrechens wurde lediglich durch den russischen Ankläger festgestellt.

Wir richten in Folge dessen an die Reichsregierung die Anfrage:

- 1) Hat dieselbe Kenntniß von diesen die Rechtlosigkeit in Deutschland schwer schädigenden Vorgängen?
- 2) Hat sie bei diesen Vorgängen mitgewirkt?
- 3) Ist sie Willens, von der russischen Regierung die Wiederbefreiung des ihr zu Unrecht Ueberlieferten zu erwirken?

Dies der vorgelegene Wortlaut. Es wurde jedoch ausdrücklich mitgetheilt, daß die Antragsteller bereit seien, in reaktionelle und sonstige Änderungen zu willigen, welche Wesen und Zweck der Interpellation nicht alterirten.

Wohlan, nach verschiedenen Tagen des Hinhaltens kam sowohl von Seiten der „Deutsch-Freimüthigen“ als der Volkspartei der Beschloß, sie könnten zur Einbringung der Interpellation nicht beihilflich sein. In der bezüglichen Fraktionsitzung der „Deutsch-Freimüthigen“ war sogar der ausdrückliche Beschloß gefaßt worden, daß nicht nur die Fraktion als Ganzes die Unterfützung zu verweigern habe, sondern auch kein einzelnes Fraktionsmitglied seine Unterfützung hergeben dürfe.

Dieses Verhalten charakterisirt und richtet sich selbst. Die spießbürgerliche Jurdt, in den Verdacht „nihilistischer“ Sympathien zu kommen, bildet — neben dem Haß gegen unsere Partei — die Triebfeder.

Erwähnt sei nur noch, daß dieser ablehnende Beschloß hauptsächlich auf Betreiben der Herren Sonnemann und Eugen Richter erfolgt ist. Letzterer traktirte verschiedene seiner Fraktionsgenossen, die für die Interpellation eintraten, in der bekannten Hausrechtmanier (aktiv und passiv), an welche er sie nachherde so gewöhnt hat, daß keiner zu mußen wagte. Namentlich der Abgeordnete Runder hat zu Gunsten der Interpellation pläbirt.

So zeigt hat sich keine Oppositionspartei benennen.

— Aus dem Reichstag. Man schreibt uns unterm 27. Juni: Die Todten reiten schnell. Der sterbende Reichstag ebeilt sich, aus der Welt zu kommen, und das ist das Beste und Nützlichste, was er thun kann. Am vorigen Samstag wurde der Rest des Unfallgesetzes in zweiter Lesung erledigt — an die 100 Paragraphen in ein paar Stunden! Die betheiligten uns nicht mehr an der Debatte, gegenüber der geschlossenen Majorität ist jedes Wort verlorene Mühe. Bei der dritten Lesung, die heute stattfindet, wird Bloß im Auftrag der Fraktion sagen, was noch gesagt werden muß.

Am Montag wurde das Kriestengesetz in zweiter Lesung vom Anfang bis zu Ende — mehrere hundert Paragraphen! — durchgepeitscht. Eine ernsthaftige Debatte gab es nicht — die Herren Bourgeois waren unter sich — wir hatten keine Veranlassung, uns einzumischen.

Der folgende Tag brachte die Entscheidung in Sachen der Leuschner'schen Wahl. Diese war bekanntlich im Februar vorigen Jahres vom Reichstag beanstandet worden — die darauf hin angeordneten amtlichen Erhebungen wurden in der üblichen Weise in die Länge gezogen, so daß der Reichstag erst jetzt — nach mehr als fünf Viertel Jahren — zur Ausrufung der Wahl gelangen konnte. Ueber das scandalöse (und das ist noch ein milder Ausdruck) des herrschenden Wahlprüfungsverfahrens hat sich das Parteiorgan schon zur Genüge ausgesprochen, und das Ergebnis der Debatte über die Leuschner'sche Wahl ist seiner Wichtigkeit wegen in einer besonderen Notiz („Ad notam zu nehmen!“) besprochen, so daß hier gar nichts weiter zu bemerken ist.

Am Mittwoch wurde der samose „Adermann'sche Antrag“ in dritter Lesung definitiv angenommen (mit einer Majorität von 159 gegen 158 Stimmen). Das Resultat wäre ein anderes gewesen, wenn von den Herren Deutsch-Freimüthigen nicht so viel gefaßt hätten. Mit Ausnahme Geiser's, der durch Erkrankung seiner Frau in Stuttgart zurückgehalten wurde, war unsere Fraktion vollständig auf dem Posten und stimmte natürlich gegen den Antrag, obgleich — wie auch Bebel, der den Standpunkt der Fraktion zu vertreten hatte, in seiner Rede ausführte — unweifelhaft von Vortheil ist, daß die Schwindel-Rezepte unserer sozialen Kurpfuscher zur Anwendung gelangen. Nur durch die Praxis — das führten wir schon früher aus — wird die Schwindelhaftigkeit der Schwindelrezepte ad hominem demonstriert.

Am Donnerstag große Kolonialpolitik-Debatte! Hand in Hand mit den reaktionären Kunst-Klosterleuten gehen die reaktionären Versuche, den „nationalen“ Handel und die „nationale“ Industrie durch Gründung von Kolonien auf die Beine zu helfen. Statt durch eine vernünftige Organisation der Arbeit eine gleichmäßige Vertheilung des „Nationalreichthums“ zu sichern und dafür zu sorgen, daß die arbeitenden Klassen, d. h. die Massen des Volkes, die Produkte der „nationalen“ Arbeit „konsumiren“ können, behaupten die Herren Reaktionäre, die eine solche vernünftige, das ist sozialistische, Organisation der Arbeit nicht wollen, ja aus Sonderinteresse um jeden Preis verhindern müssen, — der im Zustand mangelnder Arbeit könne durch Abschluß im Ausland ersetzt werden. Das verspricht man die wunderbarsten Dinge. Die paar Tausend nackten oder halb-nackten Wilden, die irgendwo in einem afrikanischen oder sonstigen von den Engländern, Amerikanern oder Franzosen als werthlos nicht be-sehten oder wieder aufgegebenen Küstenstrich wohnen, sollen so kolossale Massen von deutschen National-Industrie-Produkten verbrauchen, daß dadurch der „Ueberproduktion“ ab- und der deutschen Nationalindustrie für immer aufgelöst wird. Nun — es gibt keine Dummheit, die nicht gläubige Lände, und so gibt es denn auch Leute, die an die Wunderwirkungen der Kolonialpolitik glauben; und da Fürst Bismarck auf die Dummheit spekulirt, so muß er natürlich in Kolonialpolitik machen, und hoffte sogar, sich aus ihr ein gutes Wahlagitationsmittel zu schmieden.

Um das zu vereiteln, haben die Deutsch-Freimüthigen die Dampfer-subventionsvorlage, welche die „nationale Kolonialpolitik“ einleiten soll, in der Kommission begraben. Fürst Bismarck wußte es jedoch und Hilfe seiner konservativen Handlanger zu Wege zu bringen, daß gestern (Donnerstag) bei Beratung einer ganz untergeordneten Vorlage eine „große“ Debatte über Kolonialpolitik improvisirt wurde, welche ihm Gelegenheit gab, vor versammeltem Reichstagsvolk den — wohl nicht beabsichtigten — Nachweis zu liefern, daß er selber nicht weiß, was die auf seinen Namen getaupte „Kolonialpolitik“ ist. Die Debatte verlief vollständig im Sand, und Fürst Bismarck hat das erwünschte Wahlagitationsmittel nicht bekommen.

Ein Versuch des Herrn Windthorst, die noch ausstehenden Berichte der Wahlprüfungskommission durch Verschiebung der Tagesordnung nicht mehr zur Beratung gelangen zu lassen, wurde durch die Sozialdemokraten vereitelt, in deren Namen der Abgeordnete Kayser dagegen protestirte, daß die (zur bei Stimmeneinheitlichkeit mögliche) Behandlung einiger neu eingelaufener Vorlagen vor Ablauf der geschäftsordnungsmäßigen Frist stattfinden.

Um die Abmachungen betreffs des noch in dieser Woche herbeizuführenden Schlußes der Session zu retten, mußte Herr Windthorst heute in die Rückkehr zur ordentlichen Tagesordnung willigen, so daß die Wahlprüfungen als erster Gegenstand zur Erledigung gelangten. Von Interesse für uns ist nur die Wahl Russbach's (im 22. sächsischen Wahlkreis, der früher Wiemer gewählt), bei der die in Sachen üblichen „Unregelmäßigkeiten“ und Beamtenwillkürlichkeiten verübt worden sind. Die Mehrheit der Wahlprüfungskommission hat die Ungültigkeit beantragt, und diese wird auch von dem Reichstag gegen die Stimmen der Konservativen und ihrer Schützknappen, der National-liberalen, beschloßen, obgleich sich der sächsische Senat von Kostig-Wallwisch sehr stark anstrenzte, um die sächsischen Behörden rein zu waschen. So weit es nötig war, ihm heimzuleuchten, wurde dies von Kayser befohrt.

Rachschritt. Nach Erledigung der Wahlprüfungen — acht Wahlen bleiben ungeprüft! — begann die dritte Lesung des Unfallgesetzes. Zur Generaldebatte sprach veradredetermaßen in unserem Namen der Abgeordnete Bloß, und begründete unser ablehnendes Votum.

Die Annahme des Gesetzes in der Fassung, welche ihm die Kommission gegeben, ist sicher. Der Schluß der Session erfolgt morgen.

— Ad notam zu nehmen! In der langen Session von 1882/3 beanstandete der Reichstag (am 13. Februar 1883) die Wahl des Abgeordneten Leuschner für den 17. sächsischen Wahlkreis (Glauchau-Reer an) und nahm bei dieser Gelegenheit auf Antrag der Wahlprüfungskommission fast einstimmig nachstehende Resolution an:

Ich mache den Rock, der Baifingpulle zieht die Festsäden heraus, eine Arbeit, die gewöhnlich von Kindern verrichtet wird, und nachdem die Knöpfe von einer weiblichen Person angenäht sind, kommt das fertige Stück in die Hände des Büglers.

Von diesen sieben Personen ist nur die Arbeit des Baifers einigermaßen schwierig und fast in allen Fällen ist der Baifer ein gelernter Schneider. Das Verhältnis der Bezahlung läßt sich deutlich erkennen. So bekommt z. B. der Baifer für die schlechteste Qualität Rade 60 Cents, der Operator 30, die Zimherin 15, der Bügler 20, die Knopfnäherin 10, der Baifingpulle 2 und der Knopflochmacher 10—12 Cents. Der Reporter hat Hunderte von Schopfschneidern in ihren Arbeitsstätten aufgesucht, sie beobachtet, mit ihnen gesprochen, in ihre hohlen Augen geblickt, ihren raselnden Husten gehört und sich entsetzt über eine Hoffnungslosigkeit, die ahnungslose Ruhe und das augenscheinliche Unbewußtsein, mit welchem sie seine Fragen beantworteten.

Von den Berichten aus diesen Shops wollen wir nur zwei hierhersehen: „Ein 30 Jahre alter Mann, der Frau und vier Kinder hat und ebenfalls in Kittern-Str. an Räden arbeitet, verdient höchstens 9 Dollar und muß dafür 18 Stunden arbeiten, wenn er so „viel“ bekommen will. Sein Hauswirth ist grob, und für drei Zimmer bezahlt er 10 Dll. pro Monat. Er sieht schwach und kranklich aus, hat fortwährend Rücken-, Kopf- und Gliederschmerzen und wird oft derart krank, daß er gar nicht in den Shop gehen kann. In Vergnügungen, Picnics etc. ist er seit er hier im Lande ist, noch niemals gewesen, und seine Kinder haben den Zentralspark noch nicht gesehen. Er meint zwar, daß die Arbeiter etwas ausrichten können, um ihre Lage zu verbessern, wenn sie einig wären, verzweifelt aber daran, daß dies jemals der Fall sein wird. Einen Streik hat der Mann noch nie mitgemacht.“

Das Hintergebäude von Nr. 9 bis 13 Clinton Str. ist mit Ausnahme des unteren Stockwerkes mit Schneidershops gefüllt. Das untere Stockwerk nämlich ist ein Pferdefall und Futterremise. Eine erbärmliche schmale Holzstiege führt von unten nach den oberen Stockwerken, in denen sämtliche Treppen wacklig und von Holz angefertigt sind. Wenn in dem Stuhl einmal Feuer ausbricht, kann es ein furchtbares Unglück geben. Während der guten Saison befinden sich 100 bis 200 Schneider in dieser Menschenfalle. Die Miete für jede der sechs Werkstätten in dem Gebäude beläuft sich auf 18 bis 22 Doll. Die Kontraktoren, welche die Lokale gemietet haben, heißen: Al. Weinberger, Louis Phillips, H. Rosenwasser, M. Solomon und S. Lepp; sie beklagen sich förmlich über die schlechte und gefährliche Lage ihre Lokale, behaupten aber froh zu sein, daß sie „noch so wenig Miete“ zu bezahlen brauchen; mehr können sie nicht erzwängen, weil sie von den Geschäftshäusern zu niedrige Preise erhalten. Es läßt sich kein Kontraktor in New-York aufweisen, der ein einigermaßen freundliches, gesundes, luftiges, helles Arbeitslokal hat, und keiner von ihnen versäumt es, wenn man ihn darum befragt, über die Habgier und Erpressung der „Landlords“ (Hauswirthe) kräftig seine Meinung zu äußern. Fast alle Kontraktoren sagen: „Wir arbeiten nur noch für den Landlord.“

Aber auch ein erfreuliches Bild bot sich dem Auge des Berichtserfassers der „Vollzeit“, das gleichfalls verdient, hier mitgeteilt zu werden. Es betrifft dies eine von organisirten Arbeitern eingerichtete Werkstatt. Von derselben heißt es:

„Und jetzt wollen wir die „Republik“ beschreiben, den größten, schönsten, am vernünftigsten eingerichteten Schneider-Shop New-Yorks, Fortune, Janzen, Wilkeson und viele andere bekannte Schneider, die zur Ränder-Union gehören, arbeiten dort. Robert Bliffert gehörte auch früher zur „Republik“. Fast mit Ehrfurcht und verlangenden Blicken sprechen die Schneider, deren Lohs sie an das Haus oder an den Shop eines Kontraktors stellen, von dieser Werkstatt, in welcher so recht das kommunistisch-demokratische Prinzip zur Geltung kommt.“

Die „Republik“ befindet sich im vierten Stockwerk des Hauses Nr. 35 West 4. Str., Ecke von Greene Str., nur einen Block von den schattigen Blumen und sorgsam gepflegten Rasenplätzen des Washington Park, in dem, wenn das Wetter schön ist, hunderte von Kindern spielen und saubere Kindsmägdle mit einander und mit jungen Burken spielen.

Die „Republik“ hat nur den einen Nachtheil, daß die zu ihr führende Treppe wackelig, dunkel und steil ist. Die „Republik“ selbst ist wenigstens 80 Fuß lang und 25 Fuß breit. Die Decke ist hoch, die Fenster hell und lustig. Früher trieben Kreimaurer darin ihren Unfluh — sie diente als Logenlokal; an der Decke steht man noch Gobelinen und andere Verzierung.

Vor den 13 nach Osten und Süden gelegenen Fenstern ist ein ungeheurer Tisch breiter, sich von einem zum andern Ende des Saales erstreckender Tisch angebracht, auf dem die Schneider sitzen und an dem sie bügeln. Auf kleinen, bequemem Stühlen, die ebenfalls auf dem Tische, dicht an dem Fenster stehen, sitzen die Gehilfen der Schneider, lauter gutgekleidete junge Mädchen. 40 bis 50 Schneider können zu gleicher Zeit hier arbeiten.

Vor dem Tische steht eine lange Reihe von Nähmaschinen, parallel mit dem Tische und in der Mitte des Saales, sich an die westliche Wand anschließend, ist ein bis an die Decke reichender Verschlag angebracht, in welchem sich der mächtige Ofen befindet, auf dem 60 20-pfundige Bügelisen zu gleicher Zeit gewärmt werden können. Der Verschlag ist mit guten Thüren versehen und seine Wände sind so dick, daß im Saale von der Hitze, die der große Ofen ausstrahlt, nichts zu verspüren ist. Am nördlichen Ende des Saales, kühl im Schatten, steht ein hoher Eiswasserbehälter, aus dem sich Jeder das ganze Jahr hindurch einen kühlenden Trunk bei der Arbeit zapfen kann. In die „Republik“ wird nicht Jeder aufgenommen. Erstens richtet sich die Mitgliederzahl nach dem vorhandenen Raum und zweitens wird über jeden Aspiranten, falls Raum vorhanden ist, abgestimmt.

Ist die Aufnahme beschloffen, so muß der neue Bürger 3 Dollar Eintrittsgeld bezahlen, sowie 4 Dollar Monatsmiete. Die Miete für das ganze Lokal beträgt 900 Dollar und wird an eine Witwe McKinstel, die Eigenthümerin des Hauses, bezahlt, welche den Hauszins während der letzten vier Jahre von 600 auf 900 Dollar erhöhte. Alle drei Monate halten die Mitglieder der Republik eine Versammlung, in welcher sie ihre Hauswirtschaft besprechen.

Der Verwalter, welcher bei der letzten Wahl gewählt wurde, ist Thomas Bird; er kollektirt von den Mitgliedern die Beiträge und besorgt alle Finanzgeschäfte, auch stellt er den Janitor an, welcher das Lokal reinigt, die Feuer angündet und alle anderen nöthigen Arbeiten verrichtet.

Die Goärechnung der „Republik“ beläuft sich monatlich, je nach der Jahreszeit, auf 2 bis 25 Dollar. Das Lokal wird Morgens früh um 8 Uhr geöffnet und um Mitternacht geschlossen. Die Mitglieder kommen und gehen, wenn's ihnen beliebt. Die Utensilien sind, mit Ausnahme der Nähmaschinen, welche den Mitgliedern individuell gehören, gemeinsames Eigenthum.

Die Republik wurde 1881 von ungefähr einem Duzend Schneidern gegründet, deren Leiter ein gewisser John Bond war. Es sollte das Bestreben aller Schneider sein, Werkstätten wie diese in allen Theilen der Stadt einzurichten und sich auf diese Weise von den Uebeln der Hausarbeit und der Epizone der Kontraktoren-Shops zu befreien? — Das Bestreben wird wohl trüben Wunsch bleiben, denn es sprechen bei den meisten Haus- und Shoparbeitern zu gewichtige Faktoren mit, denen sie sich nicht entziehen können — weißt ihnen sie schon zu fest in den Klauen des Kampfes, um sich ihm entziehen zu können.

Jedenfalls aber liegt in der „Republik“ ein Stück Selbsthilfe vor, das man sich schon gefallen lassen kann. Wir kommen auf den weiteren Inhalt der Berichte noch zurück.

— Sozialistische Presse und Literatur. Aus Chicago geht uns die Probenummer eines neuen sozialistischen Wochenblattes: „Illinois Volkszeitung“ zu. Redakteur desselben ist Julius Bahlsch. Glückauf!

Korrespondenzen.

— Dresden, Mitte Juni. Am Dienstag stand Genosse K. Raden vor der III. Strafkammer des Landgerichts Dresden, um sich wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz zu verantworten. Es war ihm nämlich von der Kreishauptmannschaft der Vertrieb von Druckschriften entzogen worden; gleichwohl hatte der Sänder alle Zeitungs-papiere in seinem Laden behufs Einpackens, was einige Spärnasen von Polizeischulden bei einer Hausung gesehen hatten. Am nun dem

betreffenden Genossen Eins auszuweisen, wurde schnell ein Prozeß fertig gemacht, und die Richter fanden sich bereit, ihn zu zwei Wochen Gefängnis zu verurtheilen, obwohl kein Beweis zu erbringen war, daß in Raden's Laden Zeitungen gelesen worden sind.

Charakteristisch ist folgender Ausspruch des Staatsanwalts: Sprechen Sie den Angeklagten schuldig nicht wegen des Erfolgs der Zeitungen, sondern wegen seiner Thätigkeit! — und die Richter beickten sich, das Urtheil aus der Tasche zu ziehen.

Am 8. Juni wurde im 4. sächsischen Wahlkreis ein offener Brief Liebknecht's an seine früheren Wähler vertheilt.

— Leipzig. Der Romanschreiber Friedrich Friedrich kann sich nicht beruhigen. Er befreit die Nichtigkeit meines Dementis und verlangt für den Fall, daß ich es ausreicht erhalte, die Namensnennung der Fortschritter, mit denen wir unterhandelt.

Eckeres ist eine Unerschämtheit, die sich selbst brandmarkt — letzteres eine Abergläubigkeit, welche den Takt und das Anstandsgefühl des Romanschreibers Friedrich Friedrich in ein ebenso glänzendes Licht stellt wie seine Psychologie.

Genug — ich nehme von meinem ursprünglichen Bericht natürlich nicht ein Tüpfelchen über dem i zurück; ich kann der Wahrheit nicht in's Gesicht schlagen wie der Romanschreiber Friedrich Friedrich, der entweder ein frecher Lügner ist oder von den Verhältnissen seiner Partei soviel weiß wie weiland Wahmann vom Latzin.

— Aus dem 22. sächsischen Wahlkreis. Die zweite Hälfte des Monats Mai war für die Hauptorte unseres Kreises eine wirkliche Blitzezeit. Innerhalb neun Tagen, vom 17.—25. Mai, hatten wir zwei aufgelöste und eine verbotene Arbeiterversammlung mit ebensovielen Versammlungen in den Wäldern. Bei allen diesen Gelegenheiten haben sich die Reichsbader Genossen recht tapfer gezeigt und die Ehre unserer Partei gewahrt.

Um die Sachvereinsbewegung in Reichenbach zu fördern, wurde dieselbe am 17. Mai eine Arbeiterversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die jetzige Arbeiterbewegung und die Ziele der Sachvereine.“ Als Referent war Genosse R. Müller aus Meerane bestellt. Der zum Ueberwachung anwesende Rathsdirektor Förner verlangte zur angegebenen Zeit mit dem Glockenschlag den Beginn der Verhandlung, während die Einberufer noch 15 Minuten warten wollten. Als es zu einer Einigung nicht kam, wurde die Versammlung eröffnet und auf 15 Minuten vertagt. Dies ärgerte die Schreiberseele derart, daß sie in den Saal hineintrat und die Anwesenden zum Auseinandergehen aufforderte, was schließlich zur Auflösung führte.

Hierauf allgemeines Dalloß und die Berathung, am andern Morgen eine Versammlung im Walde abzuhalten.

Bei dieser Gelegenheit zeigte sich, bißlang und zum ersten Male, ein Gendarm in Zivil als treuer Begleiter, der uns aber wenig genirte, da wir hier bloß einen Rahensprung in's Reußenland haben, wofür selbst die „gemüthliche“ sächsische Polizei „nir zu seggen“ hat.

Die Brutalität des Förner, dem der Dumper hinten und vorne herausdrückt und der als Grobian und Völlerei allgemein, als Anrempel der Handwerksburgen insbesondere bekannt ist, empörte die Reichsbader Genossen umsonst, als derselbe schon oftmals als Ueberwachender fungirte, ohne seine echte Natur zu zeigen, d. h. in der Regel nichts von sich hören ließ. Deshalb wurde in der Versammlung am 24. Mai von dem Genannten die gesetzliche Legitimation gefordert und als Ueberwachender nur die uniformirten Schutzmänner anerkannt. Förner war darauf nicht gefaßt. Nach kurzer Auseinandersetzung proklamirte er die Auflösung. Die Versammlung ludte ihn aus und stammpte aus Leibeskraften, bis der anwesende Wachtmeister ihn zu Hilfe kam. Darauf ging es wieder in den reußischen Wald, wobei es an Geist und Feuer für unsere Sache nicht fehlte.

Eine dritte Versammlung wurde auf 25. Mai einberufen, jedoch von der Polizei auf Grund von § 9 des Sozialistengesetz und § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes verboten. Die Gründe galten: die Wahl des Themas, die Persönlichkeit des Einberufers und Referenten, das Verfahren der Ordner und Leiter gegen die Beamten und das tumultuarische Verhalten der Versammlung.

Auf erhobene Beschwerde gegen das Verfahren des Förner betreffs Verweigerung der der Legitimation meinte der Stadtrath, daß es den Einberufern weniger um Herbeiführung einer Legitimation, als um eine offene Verhöhnung des Beamten zu thun war.

Dies ist richtig. Er hat bloß geerntet, was er gesät hat, und soll in Bedarfsfällen mehr bekommen.

Ueber das Verbot der Versammlung ließen sich die Arbeiter keine grauen Haare wachsen. Zur bestimmten Zeit gingen sie zu einer „geselligen Unterhaltung“ in das bezeichnete Lokal, welches mit über einem halben Duzend Schutzmänner in Zivil besetzt war. Nach Verlauf einer Stunde wurde zu einer Prozeßion nach dem städtischen Begräbnisplatze angetreten, um das Vereins- und Versammlungsgesetz zu begraben. Die Reichsbader wurde in einem nahen Walde gehalten und die Polizei brav ausgelacht.

Bei diesen Vorgängen hat sich die Lokalpresse sehr passiv und kritisch verhalten. Ein Strikflasz suchte unter „Eingezahl“ den Glauben zu verbreiten, als seien bei diesen Verfalls „Ungehelichkeiten“ nur durch die anwesenden Polizeileute verhindert worden. Diefem wurde aber kräftig heimgeleuchtet.

Auf die Arbeiterbewegung wirkten diese Dinge belebend. Sie hatte bisher keine Beranlassung, die Polizei zu reizen; wenn diese aber selbst Lust veripärt, der Arbeiterbewegung in den Weg zu treten, soll sie ihren Mann finden, es komme, was da wolle. Die hiesigen Genossen haben die Schulleute in den Versammlungen stets als überflüssiges Röbel betrachtet und nie deren Hilfe zur Bekämpfung der Gesetzlosigkeit nöthig gehabt. Auch in diesen Tagen zeigte sich, daß die Polizei nöthiger sein kann, als sie ist. In die Versammlung vom 25. Mai waren gleichfalls mehrere Schutzmänner besoldet, dortselbst in müßiger Weise das Maul aufzusperrten, und zu gleicher Zeit schossen die braven, patriotischen Bürgerschützen einen Proletariatsknaben todt, der über die Schutzmänner geflucht und in die Schullinie gekommen war. Konnten sie dort nicht Unglück verhüten?

Doch — der Mensch denkt und die Polizei lenkt!

Ein Rother.

— Bern. Samstag den 8. Juni hielt der Abgeordnete Bollmar auf Ersuchen von befreundeter Seite einen Vortrag über die Sozialreform und die Sozialdemokratie in Deutschland. Der Saal des Cafe Külli war bis auf den letzten Platz besetzt, so daß Viele die zu spät gekommen, wieder umkehren mußten. Das Bürgerthum, sowie die Beamten- und Gelehrtenwelt der Stadt Bern waren sehr zahlreich vertreten. Es muß erwähnt werden, daß an demselben Abend verschiedene Arbeiter-versammlungen stattfanden, weil der Vortrag des Genossen Bollmar ganz unerwartet kam.

Männer aller Stände, welche sonst wenig oder gar nie in sozialistische Versammlungen kommen, darunter Nationalräthe aus allen Theilen der Republik, lauschten mit großer Aufmerksamkeit dem höchst interessanten Vortrag. Mancher Anwesende bekam einen ganz anderen Begriff von der Sozialdemokratie, als wie sie von gewissenlosen Reaktionsären geschildert wird.

Da die nähere Ausführung des Referats will ich hier nicht eingehen, da ähnliche Versammlungen den Lesern des „Sozialdemokrat“ bekannt sind. In 1 1/2 stündiger Rede kennzeichnete Referent die Energielosigkeit des deutschen Bürgerthums, welches er der Feigheit anklagte. Nicht besser ging es der Regierung, welche die diesjährigen sozialreformatorischen Gesetzesvorschläge nicht im Interesse der arbeitenden Klasse, sondern nur, um sich einen arbeiterfreundlichen Anstrich zu geben, dem Reichstag vorgelegt hat, welcher seinerseits in jeder Session die Vorlage verschleppt. Das sei wieder ein neuer Beweis der Unfähigkeit der herrschenden Bourgeoisie, für das Wohl des Arbeiterstandes etwas Kennenswerthes zu leisten. Alle Unterdrückungsmahregeln seien am zielbewußten Sinn der Arbeiter abgeprallt. Das Sozialistengesetz, so hart es für die Betroffenen auch ist, wird auch in Zukunft den Sozialismus nicht ausrotten können. Die Sozialdemokratie als die einzige Partei mit festem Programm, wird streng an ihrer bisherigen Taktik festhalten. Sollte man das Wächrecht, als den letzten Rest der politischen Rechte, noch nehmen, so wird man dann natürlich auch zu einer anderen Kampfweise gezwungen sein.

Hierauf forderte Herr Fürsprech Reichel zur Diskussion auf, allein keiner der anwesenden Gegner meldete sich. Die anständigen liberalen Schweizerblätter geben zu, daß es nach den Ausführungen Bollmar's

begreiflich sei, wenn die deutschen Arbeiter von solchen Reformen wie die Biemarische kein Heil erwarten.

Am Schluß der Versammlung ging noch eine schöne Summe für die politischen Gemäßigten ein, ohne daß eine besondere Bekanntmachung erfolgt wäre.

Zürich, 24. Juni. Die hiesige organisirte Arbeiterschaft hatte am 18. Juni ein allgemeines Volksfest veranstaltet, zu Gunsten des Reichstagswahlloos der deutschen Sozialdemokratie; als Festredner war der Genosse Hasenclever eingeladen und auch erschienen. Leider aber regnete es an diesem Tage so stark, daß von einem Abhalten des Festes keine Rede sein konnte. Es wurde daher auf den folgenden Sonntag verlegt, und an Stelle der Festrede hielt Begr. Hasenclever an die trotz strömendem Regen äußerst zahlreich erschienenen Genossen eine eingehende, mit großem Beifall aufgenommene Ansprache über die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl.

Bergangenen Sonntag nun zeigte sich das Wetter wesentlich freundlicher, und so konnte auch der geplante Festzug vom Lokal des deutschen Vereins aus — die rothe Fahne voran! — zum Festlokal, sowie bei rein der Unterhaltung gewidmeten Theil des Festprogramms und der finanzielle Zweck des Festes zu seinem Recht gelangen. Der Besuch des Festes ließ nichts zu wünschen übrig — wohl gegen 1500 Menschen füllten am 22. Juni den Garten des Festlokals zur Bürglerterrasse, auf dessen Zinne eine mächtige rothe Fahne lustig im Winde flatterte.

Sowohl in politischer wie in materieller Beziehung war das Fest ein Erfolg für unsere Partei hier am Ort. Wir werden dem Wahlfond einen Ueberschuß von gegen 300 Franken zuführen können.

Erwähnt sei noch, daß die Genossen der benachbarten Städte Winterthur, Karau — acht Tage vorher auch Baden und Frauenfeld — Demonstrationen mit Fahnen zur Bekräftigung der Solidarität entsendet hatten. Ihnen unsern herzlichsten Dank.

Die Genossen im Reiche aber mögen auf's Neue die Versicherung hinnehmen, daß wir im Ausland nach wie vor unsere schönste Aufgabe darin suchen, sie in ihrem schweren Kampfe nach Kräften zu unterstützen.

Quittung.

Für den nordböhmischen Weberstreik sind folgende Gelder eingegangen:

Crimmitschau 100 —. Augsburg 250. Neumünster 50 —. Jülich 15 —. Rünchen 11 80. Rünchen 20 —. Beuthen 12 40. Sachfurt 3 —. Rünchen 10 —. Bielefeld 19 —. Großenhain 19 40. Großschl. 10 —. Limmber bei Hannover 30 —. Gaggenau 25 05. Bochum 15 —. Frankfurt a. M. 50 —. Rünchen 18 —. L. L. Dresden 22 20. Elberfeld 10 43. Biegnitz 10 —. Großenhain 23 75. Breuß. Minden 12 —. Leipzig 3 10. Leipzig 2 —. Penig 2 —. Rowames 15 50. R. Garbenberg 23 —. Halle a. S. 10 30. Rünchen 36 —. Leipzig 33 65. Rünchen 27 20. Haslau-Wilkau 6 —. Limbach 10 —. Kirchheimbolanden 9 —.

Zusammen: M. 662 28.

Davon sind verwendet:

Für die streikenden Weber in Böhmen M. 610 —.
Für die streikenden Maurer in Leipzig „ 52 28.
Summa: M. 662 28.

Im Namen der Streikenden spricht hiemit den edlen Geldern den herzlichsten Dank aus
Dresden, im Juni 1884. August Raden.

Warnung.

Der Schuhmacher Friedrich Wegel aus Riedrich, Oberamt Urauh (Württemberg), hat sich mit Hinterlassung bedeutender, in unehrenhaftester Weise kontrahirten Schulden an Genossen und an den Deutschen Arbeiterverein in Winterthur von dort heimlich entfernt. Da er wahrscheinlich nach Deutschland gegangen ist und dort bei den Genossen dasselbe Spiel, das er in Winterthur getrieben, beginnen dürfte, so wird auf Wunsch der dortigen Genossen hiermit vor ihm gewarnt.

Briefkasten.

der Redaktion: Raummangels halber mußten verschiedene Korrespondenzen (Stuttgart, Heilbronn, Birna etc.) für nächste Nummer zurückgelegt werden. — Biegnitz: Ihrem Wunsche wollen wir nachkommen.

der Expedition: Bign: 40 Cts. f. Schft. erh. — H. + M. M. 113 — a. Cto. Ab. Rest 88 erh. Ab. notirt. Besllg. folgt. — J. St. St.: M. 4 30 Ab. 3. Du. erh. — Bagreuth: M. 11 35 + 10 Sozialisten pr. Ufss. dtd. erh. — W. Obg. Adra.: Fr. 3 — 3. Du. u. Schft. erh. Btlg. fort. — Gg. V. Wlg.: M. 7 — Ab. 2 u. 3. Du. u. Schft. erh. — G. W. St. Wbf.: M. 4 30 Ab. 3. Du. erh. — H. Radow London: Fr. 126 — für umgewechselte Markk. erh. Weiteres dtd. notifizirt. Woher stammt denn Bln. 7 — Rosa Bed. M. 50 — a. Cto. Ab. 1. Du. erh. Alles notirt. — Dr. G. H. Br. M. 4 30 Ab. 3. Du. erh. Weiteres nach Wunsch. — G. B. L.: M. 3 — Ab. 3. Du. erh. Btlg. notirt. — Dr. W. A.: M. 6 — 3 u. 4. Du. erh., M. 4 — pr. Ufss. dtd. verw. — Rofte Erd. M. 9 — Ab. 2., 3. u. 4. Du. erh. Rein. B. gul. — J. J. St. Gall. Fr. 11 30 Ab. bis Ende Juni u. pr. Schft. am 11./6. erh., besch. Fr. 3 — f. Schft. u. Fr. 2 — p. Ufss. dtd. erh. durch U. — D. getreue M.: 40 Pf. Straßporto erh. — W. A. B.: Fr. 1 70 f. Schft. erh. — Michel Stieber: M. 100 — a. Cto. Ab. u. f. w. erh. u. M. 3 20 v. M. 2p. gefandt vorläufig Ihrem Cto. gutgeh. — W. G. H.: M. 5 — Ab. 3. Du. erh. Weiteres a. b. Red. — J. L. Jug. Fr. 12 — Ab. 2. Du. erh. Dm. r. Adm.: Fr. 2 — Ab. 3. Du. erh. — Weichenstein: M. 60 — pr. Ab. Cto. erh. u. Weiteres nach Wunsch. — u. vorgemerkt. — Hüllau: M. 190 a. Cto. Ab. 1. u. 2. Du. erh. Ggrng. gutgeh. Fr. 3. Du. M. 80 Cuch gutkommend, da es Irrthum in der Aufslg. Bl. mehr. — Mannheim: M. 50 — pr. Ufss. u. M. 68 90 pr. Ufss. dtd. verw. — Biane: Hf. v. 28/6. erh. Einrenkung u. sofort veranlagt. Dank f. Besorgung in S. Radai. — D. Oppg.: M. 8 60 pr. Ab. 3. u. 4. Du. u. M. 1. 40 a. Cto. 1. Du. 85 erh. — Agt.: M. 40 Ab. a. Cto. Ab. erh. Hf. hoffentl. unterweg. — Frsch auf Vgg.: M. 9 — Ab. 3. Du. erh. Ab. notirt Weiteres 9 Red. mitgetheilt. — Paul Egg.: Cto. geordnet. G. B. durch Zwischenb. veripäet. Besllg. folgt. — A. W. D.: M. 3 — Ab. 4. Du. erh. 20 nächte Adr. ist erloschen. Erlag folgt. — H. Sch. D.: M. 4 30 Ab. 3. Du. erh. — Biane: M. 3 — Ab. 3. Du. u. Schft. erh. Bln. f. l. angf. vergriffen. Weiteres demnachst Postf. Anwg. v. 29/6. soll erst in 14 Tagen honorirt werden. P. i. S.: Ab. geordnet. Weiteres nach Wunsch durch D. — Rothbart: Hf. v. 23. u. 26. am 26. u. 28/6. beannt. Neues am 30. 6. berichtet. — Stbg.: Hf. v. 28/6. erh. Ggl. Hf. Weiteres. — Rofte Faust: Ab. geordnet. Perf. stets genau in Struit. Quittg. v. M. 90 — betr. Sie allerdings. Schft. folgen. — D. rothe Knopf: M. 3 — Ab. 3. Du. erh. Inf. nur in Parteifach erzulässig. Bl. mehr. — W. A. Eb.: M. 3 — Ab. 3. Du. erh. Ab. geordnet. — Gld.: M. 40 — Ggrng. a. Cto. Ab. gutgebracht. Ab. geordnet.

Quittung.

Rünchen. Mark 50 — erhalten von Benzol Swaddy zum nächsten Festzug

Die Rünchener Genossen.

Quittung.

Unsern Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntniß, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme sofort nach Ausgabe von Nr. 28 erheben werden, sofern die betreffenden Abonnementsbeträge nicht schon eingesandt wurden.